
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

STUDIENFINANZIERUNG

15.02.2013

„Mit Interesse haben wir den Vorschlag der saarländischen Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer zur Kenntnis genommen, die eine Lastenteilung bei der Studienfinanzierung fordert. Denn das Anliegen, die Studienfinanzierung über Ländergrenzen hinweg zu regeln, ist berechtigt. Aktuell zahlt das Land, in dem der Studierende sein Studium aufnimmt, alle Kosten. Wer gute Hochschulen unterhält und seinen Studenten attraktive Bedingungen bietet, wird finanziell bestraft. Wir kennen als Hessen dieses Problem, zumal Hessen mit 30,7 von 1000 Einwohnern (Stand 2009) die höchste Studierendendichte aller Flächenländer besitzt, während das Saarland mit 22,2 Studierenden nur in der unteren Hälfte rangiert. Das bestehende System ist anreizfeindlich, weil es eine gute Bildungspolitik finanziell betrifft, während mögliche zusätzliche Steuereinnahmen durch die ausgebildeten Akademiker über den Länderfinanzausgleich zu 90% abgeschöpft werden. Deshalb ist der Länderfinanzausgleich, den Frau Kramp-Karrenbauer ebenfalls anspricht, ein Teil des Problems, jedoch kein Weg zu einer Lösung. Wir als Liberale wollen beide Systeme, sowohl die aktuelle Form der Hochschulfinanzierung, als auch den Länderfinanzausgleich reformieren“, Dr. Matthias Büger, hochschulpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Weiter sagte Dr. Büger:

„Unser Modell für eine faire wettbewerbsorientierte Studienfinanzierung ist einfach: Wir wollen, dass die Hochschulen pro Student einen nur vom Studienfach abhängigen Betrag erhalten, der von allen Ländern im Verhältnis ihrer Einwohner (Königsteiner Schlüssel) getragen wird. Auf diese Weise folgt das Geld dem Studierenden. Jedes Land hat dann einen Anreiz, gute Studienbedingungen und ausreichend Studienplätze zu schaffen, da sie sonst per Saldo die Hochschulbildung in anderen Ländern finanziert. Gleichzeitig haben die Hochschulen ein noch größeres Interesse, attraktiv für ihre Studierenden zu

sein. Dies kommt am Ende allen, den Studenten, den Hochschulen und den Ländern zugute. Auf diese Weise entsteht ein fairer deutschlandweiter Wettbewerb um die besten Studienorte. Wenn gleichzeitig der Länderfinanzausgleich im Sinne unserer Vorschläge wettbewerbsorientiert umgestaltet wird, kommen wir in Deutschland ein großes Stück weiter. Ich würde mich freuen, wenn Frau Kramp-Karrenbauer auch dabei unsere Position unterstützen würde.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de